

Literaturverzeichnis XXI

Einleitung – Gegenstand, Ziel und Gang der Untersuchung 1

1. Kapitel: Grundlagen – der Versorgungsausgleich im 21. Jahrhundert 7

§ 1 Die bis 2009 geltende Rechtslage 7

- A. Die rechtliche Ausgangslage 1977

 - I. Intention des damaligen Gesetzgebers
 - II. Grundgedanke bei der rechtlichen Ausgestaltung

- B. Bedeutende Veränderungen in den vergangenen 30 Jahren

 - I. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung
 - II. Schwächen der bis 2009 geltenden gesetzlichen Ausgestaltung

 - 1. Probleme im Rahmen der „Einmalsaldierung“
 - 2. Probleme im Rahmen der Durchführung

 - III. Stellungnahme zur defizitären Lage

§ 2 Verfassungsrechtlicher Hintergrund des Versorgungsausgleichs der alten Rechtslage 17

- A. Rechtliche Beurteilung des BVerfGs im Grundsatzurteil 1980

 - I. Inhalt des Grundsatzurteils
 - II. Umsetzung durch den Gesetzgeber
 - III. Stellungnahme

- B. Weitere verfassungsrechtlich relevante Themen des alten Rechts

 - I. Entscheidung aus dem Jahr 1986 zum schuldrechtlichen Versorgungsausgleich

II.	Zum Hintergrund des Abänderungsverfahrens gem.	
	§ 10a VAHRG	24
1.	Gründe für die Einführung	24
2.	Entscheidung des BVerfG aus dem Jahr 1993	25
3.	Stellungnahme zur Einführung des § 10a VAHRG a.F.	26
C.	Exkurs: Zusätzliche Gesetzesergänzungen des Versorgungsausgleichsrechts	27
§ 3	Die Neugestaltung des Versorgungsausgleichs im Rahmen der Strukturreform	28
A.	Gesetzgeberische Ausgangslage	28
B.	Der Weg des neuen Versorgungsausgleichsgesetzes	29
C.	Zielsetzungen des Gesetzgebers	30
I.	Zusammenfassung der Reformgründe	31
1.	Verfehlung der Halbteilung durch die Einmalsaldierung	31
a.	Die problematische Umsetzung im Rahmen der Durchführung	32
b.	Nachträglich eintretende Änderungen bezogen auf den Ausgleich	32
2.	Zunehmende Bedeutung der ergänzenden Altersversorgung	32
II.	Bestrebungen des Gesetzgebers	33
1.	Beseitigung des Gerechtigkeitsdefizits	33
2.	Beseitigung des Anwendungsdefizits	33
a.	Neue Gestaltungsspielräume für Ehegatten und Gerichte	35
b.	Entlastungen der Versorgungsträger	35
§ 4	Die Neuerungen des Versorgungsausgleichs im Einzelnen	35
A.	Materiell-rechtliche Änderungen	35
I.	Funktion und dogmatische Einordnung des neuen Versorgungsausgleichs	36
II.	Grundzüge des geltenden Rechts	37
1.	Die neue Ausgleichsform	37
a.	Wertausgleich bei der Scheidung	37
b.	Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	38
2.	Auszugleichende Anrechte	39

3. Bestimmung von Ehezeit und Ehezeitanteil	40
4. Ausnahmen von der Durchführung des Wertausgleichs	41
a. Kein Ausgleich wegen Geringfügigkeit	42
b. Kein Ausgleich bei fehlender Ausgleichsreife gem. § 19 VersAusglG	42
c. Kein Ausgleich wegen unbilliger Härte gem. § 27 VersAusglG	43
5. Erweiterte Spielräume für Ehegatten	43
6. Wegfall des Rentner- und Pensionistenprivilegs und der Regelungen über den Höchstbetrag	44
B. Formale Neustrukturierung der Korrekturmöglichkeiten	45
I. Die Härtefallregelungen als Anpassungen nach Rechtskraft	45
II. Die Totalrevision als neues Abänderungsverfahren im neuen FamFG	46
C. Verfahrensrechtliche Neuerungen im Zusammenhang mit dem FamFG	48
I. Die Scheidung als verfahrensrechtlicher Ausgangspunkt	48
1. Grundsätzliches zum FamFG	48
2. Verfahrensrechtliche Einteilung des Scheidungsverfahrens im FamFG	51
II. Die Versorgungsausgleichssachen als gewöhnliche Familiensachen	53
1. Verfahrensrechtliche Auswirkungen	53
2. Exkurs: Einordnung der Unterhaltssachen i.S.v. § 111 Nr. 8 FamFG	54
III. Die Versorgungsausgleichssachen im Zusammenhang mit dem Verbund	55
1. Die Besonderheiten von Folgesachen im Rahmen des Verbundes	55
2. Die Versorgungsausgleichssachen als Folgesachen	57
a. Unterscheidung innerhalb der Versorgungsausgleichsverfahren	57
b. Verfahrensgrundsätze des Verbundes	58
c. Die Abtrennung vom Verbund gem. § 140 Abs. 2 FamFG	59

IV. Verfahren in Versorgungsausgleichssachen	59
1. Verfahren in Versorgungsausgleichssachen gem. § 217 FamFG	59
2. Verfahrensregelungen gem. §§ 217 ff. FamFG	61
a. Umfassender Erörterungstermin nach § 221 FamFG	61
b. Zu den verfahrensrechtlichen Auskunftspflichten gem. § 220 FamFG	63
c. Aussetzung des Verfahrens in Versorgungsausgleichssachen	63
§ 5 Fazit	64
2. Kapitel: Die Regelung des § 32 VersAusglG	65
§ 1 Vergleich der Rechtslagen	65
A. Der Anwendungsbereich von § 32 VersAusglG i.R.d.	
Anpassungsverfahren	65
I. Der Anwendungsbereich der alten Rechtslage	65
1. Erweiterung durch § 10 VAHRG a.F.	66
a. Anrechte i.R.d. Ausgleichs nach § 1 Abs. 3 VAHRG a.F.	66
b. Anrechte i.R.d. Ausgleichs nach § 1 Abs. 2 VAHRG a.F.	67
aa. Privatrechtlich organisierter Versorgungsträger	68
bb. Öffentlich-rechtlicher Versorgungsträger	69
2. Erweiterung durch § 3b Abs. 1 VAHRG a.F. i.V.m. § 10 VAHRG a.F.	70
3. Zwischenergebnis	71
II. Der neue Anwendungsbereich i.S.v. § 32 VersAusglG	71
III. Modifizierungen durch § 32 VersAusglG	74
1. Vergleich der Rechtslagen	74
2. Ausführungen des Gesetzgebers	76
3. Gegenmeinung	77
4. Stellungnahme	79
5. Zwischenergebnis	80

B. Der Anwendungsbereich von § 32 VersAusglG i.R.d.	
Abänderungsverfahren	80
I. Der uneingeschränkte Anwendungsbereich von § 10a	
VAHRG a.F.	80
II. Einschränkungen durch § 32 VersAusglG	81
1. Vergleich der Rechtslagen	81
2. Ausführungen des Gesetzgebers	83
3. Gegenmeinung	84
4. Stellungnahme	86
5. Zwischenergebnis	87
C. Ergebnis	87
§ 2 Verfassungsrechtliche Untersuchung	87
A. Verfassungsrechtlicher Diskurs i.R.d. Anpassungsverfahren	88
I. Verfassungsrechtliche Relevanz nach Ansicht des BVerfGs ...	89
1. Entscheidung des BVerfGs aus dem Jahr 2014	89
2. Vergleich zur bisherigen Rechtsprechung des BVerfGs ...	90
3. Stellungnahme	92
a. Feststellungen zum Verstoß des § 32 VersAusglG gegen Art. 14 GG	92
b. Feststellungen zum Verstoß des § 32 VersAusglG gegen Art. 3 Abs. 1 GG	94
4. Ergebnis	95
II. Verfassungsrechtliche Diskussion i.R.d.	
Anpassungsverfahren	96
1. Keine verfassungsrechtlichen Bedenken	96
a. Verstoß gegen das Versicherungsprinzip	97
b. Erhöhter Stellenwert der Versorgungen der Regelsicherungssysteme	98
c. Unterschiedliche Struktur der Regelsicherungssysteme	98
d. Keine Drittirkung der Grundrechte	99
2. Verfassungsrechtliche Bedenken – Gegenansicht	99
a. Überbewertung des Versicherungsprinzips	101
b. Gestiegene Bedeutung der ergänzenden Altersversorgung	101
c. Keine Unterscheidung bei der Eigentumsgarantie in Art. 14 Abs. 1 GG	103

3. Kapitel: Das reformierte Unterhaltsprivileg	121
§ 1 Einleitender Teil	122
A. Zweck und Wirkung des Unterhaltsprivilegs	122
B. Die Bestrebungen des Gesetzgebers bei der Neugestaltung im Rahmen der Strukturreform	123
I. Begrenzung der Aussetzung auf die Höhe des Unterhalts ...	124
II. Zuständigkeit der Familiengerichte	125
B. Verfassungsrechtlicher Diskurs i.R.d. Abänderungsverfahren	114
I. Keine verfassungsrechtlichen Bedenken	114
II. Die Gegenmeinung – verfassungsrechtliche Bedenken	115
III. Stellungnahme	117
C. Fazit	119
3. Kapitel: Das reformierte Unterhaltsprivileg	104
d. Kein verfassungswidriger Eingriff bei privaten Versorgungsträgern	104
3. Stellungnahme	106
a. Bewertung des Versicherungsprinzips	106
b. Gestiegene Bedeutung der ergänzenden Altersversorgung	106
c. Keine Unterscheidung bei der Eigentumsgarantie	107
d. Abwägung der Grundrechtspositionen privater Versorgungsträger	108
e. Ergebnis	108
4. Eröffnung des Regelungsbereichs durch entsprechende Anwendung?	109
a. Keine entsprechende Anwendung auf andere Zusatzversorgungen	110
b. Gegenmeinung	111
c. Stellungnahme	112

§ 2 Darstellung der Rechtslage	126
A. Materiell-rechtliche Regelungen gem. § 33 VersAusglG	126
I. Grundtatbestand des § 33 Abs. 1 VersAusglG	126
1. Alte Rechtslage: Voraussetzungen gem. § 5 Abs. 1	
VAHRG a. F.	126
a. Bezug einer Versorgung des Ausgleichspflichtigen	127
b. Kein Rentenanspruch des Ausgleichsberechtigten	128
c. Nachehelicher Unterhaltsanspruch	130
aa. Bestehen eines Unterhaltsanspruchs	130
bb. Vorliegen eines gesetzlichen Unterhaltsanspruchs	131
cc. Prüfungsumfang der Versorgungsträger	131
dd. Bindung an bereits bestehende Unterhaltstitel?	133
d. Rechtsfolge	134
2. Ausführungen des Gesetzgebers	135
3. Neue Rechtslage gem. § 33 Abs. 1 VersAusglG	135
a. Rechtskräftige Entscheidung über den Versorgungsausgleich	135
b. Gekürzter Versorgungsbezug des Ausgleichspflichtigen	136
c. Kein Versorgungsanspruch des Ausgleichsberechtigten	137
aa. Grundsätzliche Bedingungen	137
bb. Strittige Punkte im Rahmen des Tatbestandsmerkmals	139
(1) Bezug mehrerer Versorgungen	139
(2) Stellungnahme	140
(3) Deutung des Wortlautes „keine laufende Versorgung erhalten kann“ ...	140
(4) Stellungnahme	143
d. Gesetzlicher Unterhaltsanspruch des Ausgleichsberechtigten	143
aa. Bestimmung des gesetzlichen Unterhaltsanspruchs	143

bb. Unterhaltsanspruch „ohne die Kürzung durch den Versorgungsausgleich“	146
(1) Diskussion bei gesicherter Leistungsfähigkeit des Ausgleichspflichtigen	147
(2) Stellungnahme	148
4. Ergebnis zu § 33 Abs. 1 VersAusglG	149
II. Neueinführung des § 33 Abs. 2 VersAusglG	150
1. Ausführungen des Gesetzgebers	150
2. Neue Rechtslage gem. § 33 Abs. 2 VersAusglG	150
a. Berechnung bei „Neufällen“	151
aa. Anknüpfungspunkt des Mindestbetrages	152
(1) Meinungsstand	152
(2) Stellungnahme	154
bb. Anwendung bei mehreren Anrechten	154
(1) Meinungsstand	154
(2) Stellungnahme	155
b. Berechnung bei Verfahren in „Altfällen“	155
3. Ergebnis	157
III. Neueinführung des § 33 Abs. 3 VersAusglG	157
1. Neue Regelung in § 33 Abs. 3 Hs. 1 VersAusglG	158
a. Ausführungen des Gesetzgebers	158
b. Neue Rechtslage gem. § 33 Abs. 3 Hs. 1 VersAusglG	158
aa. Unterhaltsanspruch entsprechend dem Unterhaltsbetrag	160
bb. Unterhaltsanspruch in nicht entsprechender Höhe	163
cc. Bemessung des fiktiven Unterhaltsanspruchs	165
(1) Einbeziehung aller Anrechte bei der Bestimmung	165
(2) Berechnungsbeispiel	166
(3) Stellungnahme	168

dd.	Berechnung des fiktiven Unterhaltsanspruchs unter Berücksichtigung des Selbstbehalts des Unterhaltpflichtigen	169
(1)	Vorgehensweise des AG Waiblingen	169
(2)	Stellungnahme	172
c.	Zwischenergebnis	173
2.	Neue Regelung in § 33 Abs. 3 Hs. 2 VersAusglG	174
a.	Ausführungen des Gesetzgebers	175
b.	Neue Rechtslage gem. § 33 Abs. 3 Hs. 2 VersAusglG:	175
aa.	Bei „Neufällen“	175
bb.	Begrenzung in Höhe der beiderseitigen Ausgleichswerte	177
cc.	Stellungnahme	178
dd.	Einschränkungen gem. § 33 Abs. 3 Hs. 2 VersAusglG bei „Altfällen“	179
ee.	Stellungnahme	180
c.	Zwischenergebnis	180
3.	Ergebnis zu § 33 Abs. 3 VersAusglG	181
4.	Exkurs: Bewertung im verfassungsrechtlichen Kontext	181
a.	Verfassungsrechtliche Diskussion hinsichtlich § 33 Abs. 3 VersAusglG	181
b.	Stellungnahme	182
c.	Fazit	184
IV.	Neueinführung des § 33 Abs. 4 VersAusglG	184
1.	Ausführungen des Gesetzgebers	185
2.	Neue Rechtslage	185
3.	Ergebnis	185
B.	Verfahrensrechtliche Regelungen gem. § 34 VersAusglG	186
I.	Neue Regelung des § 34 Abs. 1 VersAusglG	186
1.	Ausführungen des Gesetzgebers	186
2.	Neue Rechtslage	187
a.	Einordnung des Anpassungsverfahrens als Familiensache	187

b.	Anpassungsverfahren im Verbund mit der Scheidung?	189
aa.	Zulässige Aufnahme in den Verbund	189
bb.	Gegenauffassung	192
c.	Stellungnahme	192
3.	Ergebnis	193
II.	Neue Regelung des § 34 Abs. 2 VersAusglG	194
1.	Ausführungen des Gesetzgebers	194
2.	Neue Rechtslage	195
3.	Ergebnis	196
III.	Neueinführung des § 34 Abs. 3 VersAusglG	196
1.	Ausführungen des Gesetzgebers	196
2.	Neue Rechtslage	197
a.	Antragstellung und Wirkung	197
b.	Zur Leistung von Nachzahlungen	198
3.	Ergebnis	199
IV.	Neueinführung des § 34 Abs. 4 VersAusglG	199
1.	Ausführungen des Gesetzgebers	199
2.	Neue Rechtslage	199
3.	Ergebnis	200
V.	Neueinführung des § 34 Abs. 5 VersAusglG	200
1.	Ausführungen des Gesetzgebers	200
2.	Neue Rechtslage	201
3.	Ergebnis	203
IV.	Neueinführung des § 34 Abs. 6 VersAusglG	204
1.	Ausführungen des Gesetzgebers	204
2.	Neue Fassung	204
a.	Abänderung der Anpassung	204
aa.	Eigene Entscheidungsbefugnis des Versorgungsträgers	205
bb.	Notwendigkeit einer familiengerichtlichen Entscheidung	206
b.	Durchführung und Wirkung der Entscheidungen ..	206
3.	Ergebnis	208
C.	Weitere verfahrensrechtliche Besonderheiten	208
I.	Fragen zur Beschlussfassung	208

II. Probleme im Rahmen der Kostenfestsetzung gem. § 50	
FamGKG	209
III. Ergebnis	210
§ 3 Zentrale Probleme innerhalb des Verfahrens gem. §§ 33, 34	
VersAusglG	211
A. Eintritt des Rentenfalls vor der Scheidung	211
B. Berechnung des fiktiven Unterhaltsanspruchs bei bestehendem	
Titel	212
I. Die Frage der Bindung bei bereits bestehenden	
Unterhaltstiteln	212
1. Keine Bindung an bereits bestehende Titel	212
2. Gegenauffassung	215
3. Stellungnahme	217
II. Fragen zur Ermittlung des gesetzlichen	
Unterhaltsanspruchs	217
1. Neuermittlung des Unterhaltsanspruchs im	
Anpassungsverfahren	218
2. Gegenauffassung	220
3. Möglichkeit des Verbunds der Verfahren außerhalb der	
Scheidung?	221
4. Stellungnahme	222
5. Ergebnis	223
C. Gleichzeitig anhängiges Unterhaltsverfahren bei einem anderen	
Gericht	224
I. Aussetzung des Unterhaltsverfahrens	224
II. Möglichkeit der Abgabe zu Vermeidung von	
widersprüchlichen Ergebnissen	225
1. Abgabe an das für das Versorgungsausgleichsverfahren	
zuständige Gericht	225
2. Abgabe an das für das Unterhaltsverfahren zuständige	
Gericht	225
3. Ergebnis	226

Kapitel 4: Überblick der weiteren unter § 32 VersAusglG fallenden Verfahren	229
§ 1 Anpassungsverfahren i.S.d. VersAusglG	229
A. Das Anpassungsverfahren gem. §§ 35 und 36 VersAusglG	229
I. Anwendungsfall	229
II. Voraussetzungen des § 35 VersAusglG	231
III. Durchführung der Anpassung gem. § 36 VersAusglG	232
B. Das Anpassungsverfahren gem. §§ 37 und 38 VersAusglG	233
I. Anwendungsfall und Vergleich zur alten Rechtslage	233
II. Voraussetzungen für die Anpassung	236
III. Durchführung der Anpassung gem. § 38 VersAusglG	237
§ 2 Differenzierte Betrachtung bei Abänderungsverfahren	237
A. Die Abänderung gerichtlicher Entscheidungen des Wertausgleichs	238
I. Abgrenzung zu den Verfahren in § 227 FamFG	238
II. Neustrukturierung der Vorschrift § 10a VAHRG a.F.	239
III. Voraussetzungen der Abänderung gem. § 225 FamFG	242
1. Anrecht eines Regelsicherungssystems i.S.v. § 32 VersAusglG	242
2. Änderung des Ausgleichswerts	242
3. Bewirkung einer wesentlichen Wertänderung gem. § 225 Abs. 3 FamFG	243
4. Erfüllung einer maßgeblichen Wartezeit gem. § 225 Abs. 4 FamFG	244
5. Zugunsten eines Ehegatten oder eines Hinterbliebenen	245
6. Keine Durchführung bei grober Unbilligkeit	245
IV. Durchführung der Abänderung gem. § 226 FamFG	245
B. Zu der Abänderung gerichtlicher Entscheidungen nach §§ 51, 52 VersAusglG	246
I. Zweck der Regelung	247
II. Voraussetzungen der Abänderung gem. § 51 VersAusglG	247
III. Durchführung der Abänderung gem. § 52 VersAusglG	249
C. Rechtliche Unterscheidung von Anpassung und Abänderung	250

Kapitel 5: Erfolgreiche Umsetzung der gesetzgeberischen Ziele	253
§ 1 Erfolgreiche Umsetzung durch § 32 VersAusglG	253
A. Beseitigung des Gerechtigkeitsdefizits	253
B. Beseitigung des Anwendungsdefizits	254
§ 2 Erfolgreiche Umsetzung durch §§ 33, 34 VersAusglG	255
A. Beseitigung des Gerechtigkeitsdefizits	255
B. Beseitigung des Anwendungsdefizits	256
§ 3 Lösungsmöglichkeiten	259
§ 4 Gesamtergebnis der Untersuchung	262
Statistik über Anträge nach §§ 4, 5, 7, 8 VAHRG und §§ 33, 35, 37 VersAusglG	264